

den 26. März 1908.

Berlin, Donnerstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche

zwölffmal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. Oesterreich 13 Kr. 82 Heller, Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 fl. 50 Gt.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzbandsendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für England in London bei Aug. Stegle 39 Lime Street E.C. und sowie 6 Co. 19 Broad Street B.O.

# Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Beziehungenlisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungstabellen mit Asien- und Zinsen-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Übersichten.

Insertions-Gebühr:

Die vier-spaltige Zeile 50 Pf. Restamteile 1 Mk.

Fernsprecher:

Mut I, Nr. 243.

Telegraphische Adressen: Börsenkrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Zentrale: In der Expedition.

## Vom Tage.

Die italienische Deputiertenkammer beschloß gestern, an den Deutschen Kaiser und den König von Italien eine Jubiläumsgrußgebung zu richten.

Die belgische Kolonialkommission nahm gestern in endgültiger Abstimmung das Kolonialgesetz und den Kongo-Angliederungsvertrag an.

Gestern sind die russischen Kriegsschiffe „Zeffarewitsch“, „Sfama“ und „Wogatur“ von Wigo nach Kiel in See gegangen.

Präsident Roosevelt richtete an den Kongress der Vereinigten Staaten eine Sonderbotschaft, in der u. a. Verbesserungen des Antitrustgesetzes vorge schlagen werden.

## Republikaner und Demokraten in der nordamerikanischen Union.

Wie man weiß, sind die politischen Einrichtungen der nordamerikanischen Union denen Englands nachgebildet worden, aber der fürsorgliche Geist der Gründer der Union, der vielleicht mehr Gesehnen sah, als in Wirklichkeit vorhanden waren, hat allerbaldig Vorkehrungen getroffen, um eine Störung des Gleichgewichts der drei Gewalten — Präsident, Repräsentantenhaus, Senat — zu verhindern und es nach menschlichem Ermessen unmöglich zu machen, daß ein Zweig der Regierung die anderen übermäßig beeinflussen oder gar deren Befugnisse an sich reißen könne. Hat nun auf der einen Seite die Bundesverfassung wohlthätige Wirkungen gezeigt, so hat sie dennoch nicht eine vollständige Klarheit zu schaffen vermocht. Von Beginn der Gründung der Union ab haben sich daher zwei Parteien gebildet, von denen die eine behauptet, der Schwerpunkt der Politik liege bei der Bundesregierung, die zu stärken sei, während die andere die Ansicht vertritt, die eigentliche Stärke der Union beruhe in der Souveränität der Einzelstaaten. Der wesentliche Unterschied der beiden großen politischen Parteien, der von Anfang an bestand und heute noch vorhanden ist, besteht in dem Widerstreit zwischen zentralisierenden und dezentralisierenden Kräften. Da gerade bei den Präsidentenwahlen wiederum der Kampf lebhaft zwischen den zwei großen Parteien — den Republikanern und Demokraten — ausgefochten wird, so dürfte es von besonderem Interesse sein, einmal kurz die Unterschiede und Gegensätze der beiden rivalisierenden Parteien hervorzuheben. Wir legen unserer Betrachtung dabei das schon erwähnte Werk von Stal, „Das amerikanische Volk“, zu Grunde.

Stal geht, wie bereits bemerkt, von dem Hauptunterschiede zwischen der republikanischen Partei und der demokratischen Partei aus, indem er sagt, daß der republikanische Partei die Föderalisten angehöre und an dem von diesen aufgestellten Glaubensbekenntnis, die Macht der Bundesregierung müsse nach Kräften erweitert und stetig nach größerer Zentralisation gestrebt werden, zäh und zielbewußt festgehalten habe, während letztere die Zentralisierung bekämpfe und der Meinung sei, die Regierung dürfe nicht zu regeln versuchen, was der einzelne Bürger selbst zu erledigen imstande sei. Natürlich sind, da der Amerikaner unruhig und durch Opportunismus ist, diese Grundzüge besonders von der demokratischen Partei in der Behandlung wirtschaftlicher Fragen häufig durchbrochen worden, jedoch bisweilen der Unterschied zwischen den beiden Parteien sich verwirklicht.

Den wichtigsten Tagesfragen gegenüber nehmen die Parteien eine in folgenden Darlegungen kurz skizzierte Stellung ein. Die republikanische ist die Partei des bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit erhöhten Schutzzollens. Sie stellt sich auf den Standpunkt, daß

es die Pflicht der Regierung sei, den einheimischen Produzenten auf allen Gebieten zu höheren Einnahmen zu verhelfen. Die durch die Eingangszölle erzielten Einnahmen sind für sie von nebenwärtiger Bedeutung, der Schutz bildet die Hauptsache. Die demokratische Partei dagegen betrachtet Zölle nur als Mittel, Einnahmen zu beschaffen, und bekämpft die Ansicht, daß die Regierung den Produzenten höhere Einnahmen verschaffen und den einen Teil des Volkes indirekt besteuern darf, um dem anderen Vorteile zu gewähren. Ihrer Auffassung nach soll die Regierung in Handel, Gewerbe und Industrie überhaupt nicht eingreifen, vielmehr deren Entwicklung der Kraft und dem Unternehmungsgeist des einzelnen vollständig überlassen. Daß es dabei demokratische Schutzgüter und republikanische Freihändler gibt, ändert an den Verhältnissen ebensowenig, wie der Umstand, daß die demokratische Partei seit Jahrzehnten nicht gewagt hat, ihr freihändlerisches Programm offen und ohne Rücksicht zu verkünden. Die Ueberzeugung, daß der Schutzgedanke bei der Mehrzahl der Wähler feste Wurzel gefaßt habe, verführte die Demokraten, auch mit ihm zu liebäugeln und sich dagegen zu verwahren, daß sie mehr tun wollen, als die übermäßig hohen Zölle zu mildern. Der grundsätzliche Unterschied ist aber vorhanden und wird, sobald die Verhältnisse es gestatten, wieder zum Vorschein kommen.

Sehen wir ab von der oft genug geltend gemachten, in dem inneren Wesen der republikanischen Partei begründeten Zuneigung und Freundschaft zu den großen Korporationen, von der Tatsache ferner, daß die republikanische Partei mehr Zutrauen entwickelt als die demokratische, daß sie im großen und ganzen die Intelligenz der Nation repräsentiert, so ist nicht zu verkennen, daß die demokratische Partei im allgemeinen liberaler, sowohl in der Art der Gesetzgebung, durch die die Lebensgewohnheiten der einzelnen beeinflusst werden können, wie auch anders Denkenen gegenüber ist. Demokraten, die bei den wichtigsten Wahlen gegen ihre eigene Partei gehen, wenn sie dies im Interesse des ganzen Landes für notwendig halten, sind häufiger zu finden als Republikaner. Die demokratische Partei ist weniger chaotisch, weil sie es immer noch für richtig hält, dem Male Washingtons zu folgen und die Union vor jeder Beteiligung an den Weltkämpfen zu bewahren. Die demokratische Partei hat daher auch allen Klänen gegenüber, die auf die Vergrößerung der Flotte und der Flotte einzusetzen, stets eine konservative Haltung eingenommen. Schließlich, und das ist wohl der wichtigste Punkt, halten die Demokraten an dem Grundsatze fest, daß die Regierung so wenig wie möglich regieren solle, vielmehr ihre Tätigkeit auf Angelegenheiten beschränken müsse, die von den einzelnen Bürgern unmöglich erledigt werden können. Jeder Versuch der Regierung, Privatunternehmungen, welcher Art sie auch sein mögen, durch Gesetzgebung zu fördern, zu begünstigen oder zu beschützen, ist nach den Grundbegriffen der Demokratie verwerflich.

Die republikanische Partei ist dagegen die eigentliche Partei des Fortschrittes auf allen Gebieten. So man nun mit ihren Handlungen und Zielen übereinstimmen mag oder nicht, es läßt sich nicht leugnen, daß sie Leistungen vollbracht hat, während die Demokratie sich über die Verfassungsmäßigkeit der vorgeschlagenen Schritte herumschreit. Nichtig ist auch, daß die Republikaner sich dabei von den Ansichten entfernt haben, die den eigentlichen Gründern der Union vorzuziehen. Der alte Widerstreit zwischen denjenigen, die die Verfassung dem Buchstaben gemäß ausgelegt haben wollen, und denjenigen, die immer bereit waren, sie zu dehnen und zu strecken, besteht heute noch. Und die Republikaner haben niemals Anstand genommen, Löhner in die Verfassung zu reifen, wie sich der Amerikaner ausdrückt, wenn sie dadurch ihrem Ziele näher zu kommen glaubten. Manche dieser Schritte haben sich später als wohl-

tätig erwiesen, andere haben verhängnisvolle Folgen gezeigt, und über die wichtigsten, die dem Kriege mit Spanien folgten, kann noch kein abschließendes Urteil gefällt werden, wenn man auch sagen darf, daß gute Wirkungen bisher ganz ausgeblieben sind.

Neben den beiden großen Parteien bestehen noch einige kleinere, wie die der Prohibitivisten, die ganzliche Enthaltenshaft von alkoholischen Getränken erzwingen wollen, mehrere Arbeiterparteien von sozialistischem Gepräge und so weiter. Keine von ihnen hat es zu mehr als gelegentlichen Erfolgen auf beschränkten Gebieten gebracht und für die Nationalpolitik haben sie nicht die geringste Bedeutung. Ebenso sind alle Versuche, neue Parteien zu bilden, von vorübergehender Art gewesen und können übergegangen werden. Einfluß auf die Geschicke des Landes üben nur die beiden großen Parteien, die republikanische und die demokratische, aus.

W—s.

## Telegramme.

Frankfurt a. M., 25. März. (Priv.-Tel. d. B. N.) Nach einer Meldung der „Frankf. Bg.“ aus Konstantinopel hat der Sultan dem Geheimen Legationsrat Helfferich, Delegierten des Verwaltungsrates der anatolischen Bahnen, den Großkordon des Medschidie-Ordens verliehen.

Brüssel, 25. März. (G. T. C.) Die Kolonialkommission hat heute endgültig über das Kolonialgesetz und den Kongo-Angliederungsvertrag abgestimmt. Das ganze Gesetz wurde mit 11 gegen 1 Stimme angenommen. Der Angliederungsvertrag mit 10 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Paris, 25. März. (G. T. C.) Aus Masagan wird gemeldet, daß Mulay Hafid mit seinen Mahallas das Gebiet der Schanjas betreten haben soll.

Games, 25. März. (G. T. C.) Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin sind heute früh zu mehrwöchigem Aufenthalt hier angekommen.

Wigo, 25. März. (G. T. C.) Die russischen Linienschiffe „Zeffarewitsch“ und „Sfama“ sowie der Kreuzer „Wogatur“ sind heute früh von hier nach Kiel in See gegangen.

Hjaddon, 25. März. (G. T. C.) Das Ministerium des ehemaligen Ministerpräsidenten Franco wird in den Wahlfreien Hjaddons keine Kandidaten aufstellen. Es erucht keine Anhänger, ihre Stimmen für die monarchistische Konzentration abzugeben.

Washington, 25. März. (G. T. C.) Präsident Roosevelt hat in einer an den Kongress gerichteten kurzen Sonderbotschaft, die in sehr maßvollen Ausdrücken abgefaßt ist, seine bisherigen Forderungen wiederholt, ein Gesetz betreffend Arbeiterarbeit, wenigstens für den District Columbia, ferner ein Gesetz betreffend die Haftpflicht der Arbeitgeber und ein Gesetz, das die Praxis gerichtlicher Anordnungen bei Arbeitsstreitigkeiten regelt, zu schaffen. Die Vorarbeit rietet alsdann eine eingehend begründete Aufforderung an den Kongress, das Gesetz über den zweiseitigen Handel und das Antitrustgesetz so zu verbessern, daß sie den Abschluß von den Handelsverträgen betreffenden Abkommen unter der Kontrolle der Regierung gestatten. Der Präsident fügt weiter aus, daß das Antitrustgesetz in seiner gegenwärtigen Form Arbeiterverbände und Fernvereinigungen zu ungeschicklichen mache, und schlägt für Delle der dabei in Betracht kommenden Korporationen eine Verjährungsfrist von einem Jahre vor. Die Botschaft bringt ferner auf eine Finanzgesetzgebung, die unversichtlich in Angriff genommen werden soll, sagt aber nicht, in welcher Richtung dies geschehen möge. Es spricht sich für das System der Postpartaisen aus, betont, daß die Zeit gekommen sei, sich mit der Zolltarrevision zu befassen, und regt an, während der gegenwärtigen Session eine eigene Kommission mit der Sammlung des notwendigen Materials zu betrauen, welches den nächsten Kongress in den Stand setzen würde, sobald nach seinem Zusammentritt zu handeln. Der Präsident bittet schließlich den Kongress, eine permanente Kommission für Wasserfragen einzusetzen.